



**Postulat von Beni Riedi, Michael Riboni, Rainer Leemann und Michael Arnold  
betreffend keine staatlich finanzierte Medientrainings für Zuger Politiker  
vom 2. Mai 2020**

Die Kantonsräte Beni Riedi, Baar, Michael Riboni, Baar, Rainer Leemann, Zug, und Michael Arnold, Baar, sowie 16 Mitunterzeichnende haben am 2. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht:

Gestützt auf § 43 der Geschäftsordnung reichen die Verfasser und Unterzeichner folgendes Postulat ein:

**Antrag:**

Das Büro des Kantonsrats wird aufgefordert, die Kosten des Medientrainings für Zuger Politiker bei «Deicher Kopp Kommunikation» nicht dem Steuerzahler, sondern vollumfänglich den jeweiligen Teilnehmern aufzuerlegen. Eventualiter sei von den Teilnehmern ein angemessener Unkostenbeitrag zu erheben.

**Begründung:**

Für die Unterzeichnenden ist es nicht ersichtlich, wie der Steuerzahler von dieser bezahlten Weiterbildung profitiert. Eine solche Weiterbildung muss in Eigeninitiative geschehen, da ein persönlicher Mehrwert der Besuchsteilnehmer entsteht und nicht ein Mehrwert für den Steuerzahler. Falls jemand die Absicht hat, Berufspolitiker zu werden, oder bereits Ämter mit mehr Medienpräsenz hat (bspw. Fraktionschef), kann die jeweilige Partei dies bei Bedarf finanzieren.

Aktuell kämpfen verschiedenste KMU und Selbständigerwerbende infolge der Coronakrise um ihr Überleben. In der gleichen Zeit Medientrainings und vermutlich Wahlkampftraining für Zuger Politiker mit Steuergeldern zu finanzieren, ist ein Affront gegenüber dem Steuerzahler, welcher je nach Arbeitslage um das eigene Einkommen fürchtet. Nur schon aus Solidarität mit den Betroffenen sollten wir auf dieses «Geschenk» verzichten.

Zusammenfassend ist klar, dass wir als Volksvertreter eine Vorbildfunktion übernehmen müssen. Politische Weiterbildungen liegen in der Eigenverantwortung und im Interesse der gewählten Mandatsträger, Parteien und Fraktionen. Dementsprechend soll dieses Postulat kein Votum gegen Weiterbildungen sein. Die Weiterbildung soll einfach nicht auf Kosten der Steuerzahler erfolgen. Staatlich finanzierte Weiterbildungen für Politiker sind gerade in diesen unsicheren Zeiten, in denen so mancher Bürger um sein wirtschaftliches Fortkommen fürchtet, sehr heikel und fördern unnötigerweise die Missgunst gegenüber Politikern.

*Mitunterzeichnende:*

Brandenberg Manuel, Zug  
Brunner Philip C., Zug  
Kryenbühl René, Oberägeri  
Küng Hans, Baar  
Nussbaumer Karl, Menzingen  
Reichmuth Marc, Steinhausen  
Risi Adrian, Zug  
Roos Flavio, Risch

Ryser Ralph, Unterägeri  
Schuler Martin, Hünenberg  
Schweizer Emil, Neuheim  
Suter Rainer, Cham  
Wandfluh Oliver, Baar  
Wenzin Widmer Brigitte, Cham  
Werder Mathias, Risch  
Werner Thomas, Unterägeri